

## AUSZUG

aus der Niederschrift  
über die Sitzung des Stadtrates am 18.06.2018  
öffentlich

TOP 34

**Gemeinsamer Antrag der Stadtratsfraktionen von SPD und CDU  
Sicherheits- und Ordnungspartnerschaft Überwachung des S-Bahnhofs  
Vorlage: 20186011**



Stadtratsfraktion  
Ludwigshafen am Rhein

SPD-Stadtratsfraktion  
Maxstraße 65  
67059 Ludwigshafen



CDU-Stadtratsfraktion  
Benckiserstraße 26  
67059 Ludwigshafen

Frau Oberbürgermeisterin  
Jutta Steinruck  
Rathausplatz 20  
67059 Ludwigshafen

Ludwigshafen, 06.06.2018

Stadtratssitzung am 18.06.2018

Gemeinsamer Antrag der SPD-Stadtratsfraktion und der CDU-Stadtratsfraktion

Sehr geehrte Frau Steinruck,

die Fraktionen von SPD und CDU stellen zur Stadtratssitzung am 18.06.2018 gemeinsam den folgenden Antrag:

**Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn, der Bundes- sowie der Landespolizei eine Sicherheits- und Ordnungspartnerschaft zur besseren Überwachung des S-Bahnhofs Ludwigshafen-Mitte abzuschließen. Die Stadtverwaltung möge dazu zeitnah Gespräche mit dem zuständigen Generalbevollmächtigten der Deutschen Bahn für Rheinland-Pfalz, der Bundespolizei und der Polizeidirektion Ludwigshafen aufzunehmen.**

**Im Rahmen dieser Gespräche sollte auch erörtert werden, ob es sinnvoll ist, diese Partnerschaft auf den Hauptbahnhof Ludwigshafen sowie die weiteren Bahnhöfe im Stadtgebiet auszuweiten.**

**Begründung:**

Am S-Bahnhof Ludwigshafen-Mitte, in der Walzmühle-Passage sowie in der unmittelbaren Nähe am Berliner Platz, fühlen sich viele Bürgerinnen und Bürger nicht mehr wohl und sicher. Insbesondere in den Abendstunden wird dieser Bereich zunehmend gemieden. Unser gemeinsames Ziel ist es, den Menschen an diesen Orten das Gefühl wiederzugeben, sich dort sicher aufhalten zu können und objektiv die Sicherheitslage zu verbessern. Vor diesem Hintergrund streben wir eine Sicherheits- und Ordnungspartnerschaft zwischen der Stadt, der Deutschen Bahn, der Bundes- und der Landespolizei zur abgestimmten, besseren Überwachung des S-Bahnhofs an.

So werden im Rahmen einer solchen Partnerschaft Streifengänge der Beteiligten untereinander abgestimmt, so dass möglichst in regelmäßigen Abständen einer der Partner sichtbar vor Ort Präsenz zeigt. Zudem überträgt die Deutsche Bahn den Partnern die Hausrechte am S-Bahnhof Ludwigshafen-Mitte, so dass die Sicherheits- und Ordnungskräfte von Stadt und Polizei dieses Hausrecht im Ernstfall auch zeitnah durchsetzen können. Ressourcen der Sicherheitskräfte werden so insgesamt besser gebündelt und koordiniert, damit Straftaten an diesen Orten wirkungsvoll verhindert werden.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen



Heike Scharfenberger  
Fraktionsvorsitzende



Dr. Peter Uebel  
Fraktionsvorsitzender

-----

RM Kartes und RM Appel begründeten den Antrag.

Zum Sachstand berichtete OB Steinruck von einem Gespräch mit dem regionalen Leiter des Bahnhofmanagements u. a. wegen der Situation rund um den S- Bahnhof Mitte aber auch über die Situation der anderen Bahnhöfen in Ludwigshafen. Ein Teil der Vereinbarungen war eine Sicherheitspartnerschaft zwischen Bahn, Stadt, Landes- und Bundespolizei, die in die bestehenden Strukturen der Stadt Ludwigshafen einbezogen werden soll, nämlich in den Arbeitskreis SOS. Dort sollten nochmals Details für eine Vereinbarung diskutiert werden, u. a. auch eine mögliche Videoüberwachung am Durchgang zum S-Bahnhof zum Berliner Platz.

Für RM Daumann sei der Antrag etwas rätselhaft. Man sei bisher immer davon ausgegangen, dass es die Kontakte mit der Bahn und mit der Bundespolizei schon seit langer Zeit gäbe. Es sei doch nicht die Aufgabe der Fraktionen mit den Akteuren vor Ort in Verhandlungen einzutreten; es sei Aufgabe der Verwaltung, die Initiative zur Sicherheitspartnerschaft zu übernehmen.

RM Matzat sagte, dass die FDP den Antrag unterstützen werde, obwohl es tatsächlich selbstverständlich sein müsste, dass Netzwerke geknüpft werden, wenn man solche Schwerpunkte in der Stadt feststelle. Die Sicherheitsprobleme gingen oftmals mit sozialen Problemen einher, so dass er nur empfehlen könne, die Straßensozialarbeit mit ins Boot zu holen.

Bgo. Steeg bestätigte, dass die Straßensozialarbeit an der Stelle verstärkt werden solle und dass es bereits in Gesprächen mit Vertretern der freien Träger, mit Vertretern quer durch die Verwaltung und mit Vertretern der Polizei Überlegungen gäbe, wie man aus dem sozialen Raum Betroffene mit ins Boot nehmen könnte, um den Berliner Platz etwas sicherer zu machen. Der Fokus läge zunächst auf dem Berliner Platz, aber man habe auch die gesamte Stadt im Auge.

RM Kühner hielt den Antrag für reine „Schaufensterpolitik“. Das Problem bekomme man nur dann in den Griff, wenn alle Akteure jeweils mehr Präsenz vor Ort zeigten.

RM Dr. Ciccarello sagte, dass der Antrag populistisch und überflüssig sei. Man sollte die Problemanalyse mehr in den Vordergrund stellen und nicht nur reine Präventionsarbeit betreiben.

Bgo. Feid sagte, dass die Verwaltung seit geraumer Zeit viele Dinge mache, um bei knappen Personalressourcen Kräfte zu bündeln und gemeinsame Aktionen durchzuführen - im Rahmen der Möglichkeiten, die jeder habe. Jeder stoße hin und wieder an seine Grenzen. Etwas anderes sei eine Vereinbarung, in der die Verwaltung aufgefordert werde, entsprechende Gespräche aufzunehmen. Wenn man anderen über etwas verhandelt, ist ein möglichst breites Votum eines Stadtrates ein wichtiges Signal, welches die Verhandlungsposition ganz erheblich verbessert. Was man nicht wolle sei Aufgaben für andere zu übernehmen. Nur gemeinsam könnten die Aufgaben angegangen werden; dazu bedürfe es aber Absprachen und Vereinbarungen. Man habe nicht nur den Bahnhof Mitte im Blick, sondern alle anderen Bahnhöfe in Ludwigshafen auch.

OB Steinruck bat um Abstimmung:

### **Beschluss des Stadtrates:**

**Antrag mit Mehrheit gegen vier Stimmen bei sechs Enthaltungen angenommen.-----**